

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsredaktion: Dresden  
Laden & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werktätige Volk**

Verleger: G. H. W. Schmidt, Dresden  
mit G. H. W. Schmidt

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frachtgeld mit den wöchentlichen Beilagen  
Nach der Arbeit und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnnummer 10 Pf.  
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompositionelle  
30 Pf., die 30 mm breite Kompositionelle 1,50 M., für ausserordentliche  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Miethgesuche  
40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Pf.

Nr. 239

Dresden, Mittwoch den 13. Oktober 1926

37. Jahrg.

## An die Partei!

Am Sonnabend beginnt die sozialdemokratische Werbewoche. Sie gilt der Werbung für die Partei, die als einzige den Arbeitern, Angestellten und Beamten politische und soziale Rechte erkämpft hat. Sie gilt der Werbung für die Partei, ohne deren Stärkung ein weiterer Aufstieg der arbeitenden Massen zu den Zielen des Sozialismus undenkbar ist.

Die Kommunisten hatten längst ihre Absicht angekündigt, die sozialdemokratische Werbewoche mit allen Mitteln zu führen. Da kommen ihnen die Meinungsverschiedenheiten über die Verabschiedung des Hohenzollernvertrages im Preussischen Landtag gerade zurecht.

Meinungsverschiedenheiten über Fragen der parlamentarischen Taktik hat es immer gegeben und wird es immer geben. Sie haben den machtvollen Aufstieg der sozialdemokratischen Partei nicht aufgehalten. Sie haben keinen Genossen davon abgehalten, seine Pflicht gegenüber der Partei zu erfüllen. Wie aber war es üblich, den Meinungsstreit so mit Lügen zu vergiften, wie es durch die Kommunisten geschieht. Jedermann muß sich mit Ekel und Verachtung abwenden von den Verleumdungen und Beschimpfungen, mit denen sie die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages überhäufen.

Die sozialdemokratische Fraktion stimmt dem Vergleich nicht zu. Sie verspricht sich aber auch nichts von seiner Ablehnung.

weil der Volksentscheid keine Volksmehrheit für die Enteignung gebracht hat, weil die Versuche einer gesetzlichen Regelung im Reichstag gescheitert sind, weil schließlich das Scheitern jeder Regelung durch Gesetz oder Vergleich nur die Folge haben kann, daß wieder die Gerichte entscheiden, die den Hohenzollern noch mehr zusprechen, den Staat aber mit Millionen Prozentsen belasten würden.

Dazu kommt, daß im Landtag nahezu eine Zweidrittel-

mehrheit — 202 bürgerliche Abgeordnete von insgesamt 450 Mitgliedern — den Vergleich will.

Kein Sozialdemokrat bekennt, daß es ein ungeheures soziales Unrecht ist, wenn in einer Zeit des Wirtschaftens so gewaltige Vermögen in die Hände weniger Familien gelangen — die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat das selbst in ihrer Erklärung ausgesprochen. Sie glaubt aber nicht, daß nach dem Verlangen des Volksentscheides und der Befehle des Reichstages eine gerechtere Lösung erreicht werden kann mit den Mitteln des parlamentarischen Rahmens.

Im übrigen haben die Kommunisten bei ihrem Spektakel noch ein sehr durchsichtiges Ziel im Auge. Sie wollen durch täglichen Krach ihre Anhänger ablenken von den schweren Auseinandersetzungen in der eigenen Partei, die diese dem völligen Zerfall entgegenzuführen drohen.

Die Sozialdemokratie will die Arbeiter aufklären. Dazu gehört auch Verständnis für die Probleme des Tages, bei deren Lösung der Wille der Mehrheit auch dann nicht außer acht gelassen werden kann, wenn die Minderheit noch so groß war.

Wir wissen, daß wir nicht sprunghaft den Weg in die sozialistische Gesellschaft zurücklegen können. Das kommunistische Vorgehen hat das im übrigen zur Genüge gezeigt.

Die Werbewoche muß uns einen großen Schritt vorwärts bringen. So wird sie zum Vorteil der Arbeiterklasse gereichen wie auch zum Nutzen jedes einzelnen.

Darum wirft bei allen euren Arbeitskameraden, bei allen euren Bekannten und Freunden stets und vor allem in der Werbewoche für die Stärkung der sozialdemokratischen Partei, für die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse, für die Auffüllung der politischen Organisation der Sozialdemokratie!

Arbeitet alle für eure Partei, für eure und eurer Kinder Zukunft!

Niemand entziehe sich der Arbeit für seine Partei!

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Sächsischer Kehraus

Gestern fand die voraussichtlich letzte Sitzung des Sächsischen Landtages statt, in der es nicht gerade übermäßig feierlich zuging. Am Anfang der Sitzung gab Herr Wirth von den Dreiundzwanzigern eine gegen Liebmann gerichtete Erklärung ab, die Liebmann Unwahrscheinlichkeit vorwarf. Liebmann blieb die Antwort nicht schuldig, indem er auf die zahlreichen Unwahrscheinlichkeiten der Herren von der Regierung hinwies, die als sogenannte sozialdemokratische Minister im Kabinett sitzen.

Daß die bürgerlichen Parteien die letzte Landtagssitzung zu allerhand Wahlmanövern benutzten, war nur zu natürlich. So lag ein Antrag des Herrn Wüher vor, der forderte, daß 30 Millionen Mark auf dem Anleihewege zur Durchführung von Hoch- und Tiefbauarbeiten flüssig gemacht werden sollten. Die Genossen Graupe und Liebmann rissen den Herrschaften die Masken vom Gesicht und wiesen nach, daß die Sorge für die Arbeitslosen, die die bürgerlichen Herrschaften jetzt auf einmal an den Tag legen, nur dem Bedürfnis entsprungen sei, vor den Wählern die Sünden zu verdecken, die die bürgerlichen Parteien zusammen mit ihren angeblich sozialistischen Koalitionsgenossen gegen die Erwerbslosen in den letzten Monaten begingen. Als ein Stück heuchlerischer Demagogie bezeichnete mit Recht Genosse Liebmann den Wüherischen 30-Millionen-Antrag. Unsern Antrag, auf dem Anleihewege 30 Millionen für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen, hatte man mit Hohn und Spott abgewiesen, obgleich sich nachher deutlich genug zeigte, daß die Regierung bei gutem Willen instand war, gerade diese Forderung zu erfüllen. Jetzt soll es auf einmal möglich sein, für Hoch- und Tiefbauten auf dem Anleihewege 30 Millionen zu beschaffen. Wenn Geld auf dem Anleihewege beschafft werden kann, so ist wahrscheinlich die Bekämpfung der Wohnungsnot die dringendste Aufgabe. Daß es sich bei dem Antrag Wüher aber nur um Wahlmanöver handelt, ergibt sich recht deutlich daraus, daß für Tief-, Hoch- und Wasserbauten nur Pläne vorliegen, deren Ausführung etwa 2 Millionen Mark erfordern würde. Der übrige Teil der 30 Millionen könnte zunächst noch nicht ber-

## Mörderhilfe durch Justiz und Polizei

Bestätigung in der Münchener Femeunterforschung — Kronzeuge Rechtsanwalt Gademann gesteht die Zusammenhänge — Brachers Zusammenwirken mit Polizeikommissar Glaser

B. München, 12. Oktober. (Gg. Draht.)

Zu Beginn der Dienstagssitzung des Femeauschusses nahm der Vorsitzende Bezug auf die Kritik, die der Ausschuss in der letzten Zeit in einem Teil der Münchener Presse, betreffend die Befugnisse und Zuständigkeiten der parlamentarischen Ausschüsse, erhalten hat. Dieser Femeauschuss, sagte der Vorsitzende, ist eine verfassungsmäßige Einrichtung, die die Anerkennung aller Staatsbürger finden muß. Abgesehen von dem Gesetzeswort sind die Grundzüge der Strafprozedur.

Darauf gab der Abgeordnete Willebrand eine Erklärung wegen seiner am Montag gegen den Zeugen General Gopp beobachteten Worte ab (Siegelhaftes Benehmen). Er nahm seine Worte zurück.

Der Vorsitzende verkündete hierauf die Reihenfolge der heute zu vernehmenden Zeugen. Sie begann mit dem Herzog Ludwig, dem Inhaftenssträfling Bracher, Gademann usw. Zeugen protestierten nun der Deutschenationale Graef, indem er erklärte, daß durch diese Reihenfolge die bayerische Volksseele noch mehr ins Hochste gebracht würde.

Abg. Vergträger (Dem.): Diese Erklärung ist nichts als eine lächerliche Provokation. (Lautstimmte Unversämml.) Sie kann mindestens politisch nicht anders wirken. Wenn wir hier als Ausschuss Zeugen vernehmen, so tun wir dies ohne Rücksicht auf ihre Person.

Abg. Landsberg: Nachdem von seiner Seite Widerspruch erhoben worden ist und alle Ausschussmitglieder seit Tagen von der Vernichtung des Herzogs unterrichtet waren, werden wir heute mit einer geheim entworfenen Erklärung des Deutschenationalen Graef überfallen. Und damit ist das Urteil über dieses deutschnationale Manöver gefällt.

Abg. Graef beantragt, auf den Zeugen Herzog Ludwig zu verzichten.

Abg. Großmann (Bayer. Sp.) erklärt sich damit einverstanden und fügt hinzu, daß auch für ihn diese Reihenfolge der Zeugenvernehmung unannehmlich ist. Er werde sich ebenso wie die Deutschenationalen an der eventuellen Vernehmung des Herzogs keinen Anteil nehmen.

Abg. Genosse Levi: Ich stelle fest, daß die volle Verantwortung für die Vernichtung dieses Zeugen auf die zurückfällt, die ihn durch ihre Einschaltung des Schwärzhart in die ganze Sache hineingekleidet haben.

Der völlige Kuppel

Abg. Stöhr (Balk): Man kann dem Herzog nicht zumuten, daß er sich von diesem Verschärzharter (Levi) ausfragen läßt.

Der Vorsitzende heisst dies zurück für den Fall, daß damit eine Abhaltung des Abg. Levi ausgesprochen sein soll. (Lautstimmte Unversämml.) Seit zwei Tagen habe ich fast ohne Unterbrechung in der Sitzung die Bemerkungen des Abg. Stöhr angehört. Ich habe das ruhig angehört und hinauskommen. Ich bin nicht weiter gekommen, um mich zum Claqueur der Beidung der Zeugen machen zu lassen, deren gesellschaftliche Umgangsformen von den meinsten völlig abweichen. Der Vorsitzende hat alle Mittel

in der Hand, gegen ein solches Mitglied des Ausschusses, die andere in Schutz zu nehmen, und ich erkläre, wenn ich diesen vollen Schutz nicht bekomme, so weigere ich mich, an diesen Verhandlungen weiter teilzunehmen.

Nach einigen beruhigenden Worten des Vorsitzenden beginnt auf Antrag des Abg. Schulte (Zentr.) die Vernehmung des Herzogs. Die Ausschussmitglieder der Deutschenationalen und der Bayerischen Volkspartei und der Volkslisten, mit Ausnahme des Richterpräsidenten Schäffer, verlassen den Sitzungssaal.

„Königliche Hoheit“ als Zeugen

Der Vorsitzende (Volksparteiler) empfängt den Herzog mit den Worten: „Eure königliche Hoheit bitte ich, Platz zu nehmen.“ Der Zeuge, Herzog Ludwig, 42 Jahre alt, wird vereidigt. Er erklärt, daß er eines Tages von seiner Schwägerin, der Gräfin Lörring, telefonisch angerufen worden sei, wobei ihm gesagt wurde, er solle doch möglichst einen aus politischen Gründen verfolgten jungen Mann, dem es schlecht ginge, unterbringen und amnestieren. Ich antwortete, so erklärt der Zeuge, ich tue das ganz gern, nur möchte ich wissen, ob der Mann anständig ist. Um weiteres, vor allem um die Fortschritte seiner politischen Verfolgung, habe ich mich nicht gekümmert. Ich tat Schwärzhart zu meinem Hörer.

Vorsitzender: Es ging doch durch alle Zeitungen, daß die Gademann ermordet war und Schwärzhart des Mordes verurteilt wurde.

Zeuge: Ich habe mich für diese Sachen nie interessiert. Ich wußte nicht, daß er wegen Mordes in Untersuchungshaft war. Ich fragte nur, ob er anständig sei, worauf ich die Antwort bekam: „Der Mann ist absolut anständig.“

Darauf wurde die Vernehmung des Zeugen Herzog Ludwig abgeschlossen, worauf der Vorsitzende über einen Antrag abstimmen ließ die Sitzung für kurze Zeit zu unterbrechen, da jetzt der Justizsträfling Bracher vernommen werden sollte. Die Abstimmung ergab mit 10 zu 10 Stimmen die Ablehnung des Antrags, worauf die Deutschenationalen, die bei der Abstimmung nicht alle zur Stelle waren, eine neue Abstimmung erzwingen wollten. Dem wurde jedoch nicht stattgegeben, sondern in der Verhandlung fortgesetzt.

Auf kurze Weisung des Vorsitzenden sammt Rechtsanwalt Gademann an Stelle des Bracher als Zeuge in den Sitzungssaal.

Gademann gesteht

Zunächst wird Rechtsanwalt Gademann über die Heranholung der Staatsanwälte aus Augsburg gehört. Er erklärt, er habe im Falle des Zusammenstoßes (das ist der Mord an dem Müller Hartung, dessen Leiche in die Isar geworfen wurde) das größte Vermögen der Einwohnerwehr, nämlich die Waffen, in Gefahr gebracht. Infolgedessen hätte er sich mit dem Stabschef Wibel besprochen, worauf sie gemeinsam zum Justizminister Dr. Noth gegangen sind.

Wir gingen, so berichtet der Zeuge, zum Justizminister, weil wir für unsere Waffenangelegenheiten Beschlüsse legten.

Vorsitz: Das verleihe ich nicht. Warum gingen Sie nicht zu

einem anderen Minister, da der Justizminister doch mit Waffen gar nichts zu tun hatte? Gingen Sie nicht etwa deshalb zum Justizminister, weil bereits der Verdacht aufgelaufen war, daß mit dem Zusammenstoß das Auto der Einwohnerwehr im Zusammenhang stand?

Gademann: Es haben wiederholt Besprechungen mit dem Ministerium stattgefunden. In diesem Fall war es ein Kriminalfall.

Vorsitz: Das wollen wir ja gerade wissen. Was war denn das für ein Kriminalfall?

Gademann: Der Zusammenstoß. (Bewegung im ganzen Ausschuss.)

Vorsitz: Na, endlich.

Gademann: Wir fragten den Justizminister, ob es nicht möglich wäre, auf Waffenangelegenheiten zu verzichten beim Verfahren im Zusammenstoß Rücksicht zu nehmen. Nach meiner Erinnerung sagte dann der Minister, daß er keine Zeit habe, sich mit der Sache zu befassen. Wir sollten zu seinem Referenten gehen. Das geschah dann, und wahrscheinlich bin ich dann bei Stauffer gewesen, den ich gut kannte.

Ich nehme an, daß Stauffer mir dann sagte: Gehen Sie mit die beiden Staatsanwälte ins Justizministerium.

Vorsitz: Was sollte mit den Staatsanwälten verhandelt werden?

Gademann: Das weiß ich nicht. Vielleicht sagte man sich, es wird in Augsburg eine Untersuchung wegen des Zusammenstoßes geführt. Dabei spielt ein Auto der Einwohnerwehr eine Rolle, dessen Insassen in Nordobersiebenheim. Es kommt aber noch das Interesse an Waffen in Frage, und es wäre vielleicht möglich, daß die Staatsanwälte auf diese Interessen Rücksicht nehmen.

Vorsitz: Was sagten Sie denn zu den Staatsanwälten in Augsburg?

Gademann: Ich glaube mich zu erinnern, daß ich sagte, sie sollten ins Justizministerium kommen. Es ist möglich, daß ich hinzugesagt, „in der Zusammenstoßsache“.

Vorsitz: Es war doch aber merkwürdig, daß die Herren zu Gärtnern kamen, und daß dort keine Säbe von der Waffensache, also ihrem eigentlichen Zweck, gesprochen wurde. Damit war doch Ihre Intervention in keiner Weise gebietet?

Gademann: Für mich war diese Sache erledigt, als ich die Staatsanwälte ins Ministerium gebracht hatte. Für mich gab es von diesem Zeitpunkt an schon andere wichtigere Dinge.

Genosse Levi: Wer hat Sie ins Bild gesetzt, daß der Zusammenstoß mit der Einwohnerwehr in Verbindung gebracht wurde?

Gademann: Da nehme ich Bezug auf mein Zeugnisverweigerungsrecht.

Landsberg: Ich kann mir nicht erklären, daß es sich bei dieser Frage um etwas Ähnliches als Rechtsanwalt Hubert Traute in der Sache des Gesetzes handelt.

Als dann Gademann nochmals erklärt hatte, daß er über den Komplex Feurer-Kraus auf Grund des § 53 der Strafprozedur die Aussage verweigere, wird er vereidigt und entlassen.

(Der Bericht über Brachers Enthüllungen folgt auf Seite 5.)